

Schwerpunktheft: Kindschaftsrecht

„Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, Der uns beschützt und der uns hilft, zu leben.“

Hermann Hesse



Dieser Zauber (und hoffentlich auch sein Schutz und seine Hilfe) trägt auch mich als neuem Schriftleiter der NZFam. Dem Familienrecht und seinen Verfahren seit über zwei Jahrzehnten in richterlicher Tätigkeit an Amts- und Oberlandesgerichten verbunden, ist es sowohl Wertschätzung als auch Herausforderung, mich diesem Projekt stellen zu dürfen. Mein Vorgänger Prof. Dr. Werner Dürbeck hat „große Fußstapfen“ hinterlassen, deren Ausfüllung mir bestenfalls mit tatkräftiger Unterstützung der Autorenschaft gelingen kann. Mein Dank gilt beiden: Werner Dürbeck für die Einarbeitung in den letzten Wochen und der Autorenschaft für ihre bereits gezeigte Treue.

Kindschaftssachen bilden den Schwerpunkt der forensischen Tätigkeit der im Familienrecht Aktiven. Es ist mir deshalb eine Freude, in erstmaliger alleiniger Verantwortungsübernahme sogleich das Schwerpunktheft Kindschaftsrecht zusammenstellen zu dürfen. Mein herzlicher Dank gilt auch insofern Werner Dürbeck für seine Planung und Vorbereitung dieses Heftes und nicht minder den vielen Autorinnen und Autoren der Beiträge, ohne die eine solche Publikation nicht möglich ist.

Dr. Thomas Kischkel stellt einleitend den Referentenentwurf eines KiMoG vor und ordnet dessen Inhalt ein. *Prof. Dr. Heinz Kindler* beleuchtet sodann die Entwicklung der psychologischen Forschung im Bereich des Familienrechts in den letzten Jahrzehnten und wagt einen Ausblick in die Zukunft insoweit. *Tom Gerum* spürt den Herausforderungen nach, den in Kindesanhörungen gewonnenen persönlichen Eindruck (wertungsfrei) zu dokumentieren. *Martina Gartenhof* stellt sich den Fragen der unter Kindeswohlaspekten gebotenen Weiterentwicklung öffentlicher Hilfen im Bereich des begleiteten Umgangs. *Prof. Dr. Franz J. Neyer*, *Dr. Philipp Kersten* und *Dr. Birk Hagemeyer* werfen Blicke auf die Familien- und Beziehungsdiagnostik im Spannungsfeld zwischen Komplexität und Reduktion, um ein Plädoyer zu halten für die Fähigkeit, relevante Aspekte begründet auszuwählen und verständlich zu integrieren. *Dr. Diana Gossmann* untersucht sodann Möglichkeiten und Grenzen bei der Abklärung des Missbrauchsverdachts in Familiengerichtsverfahren.

Eine Abrundung erfahren diese Aufsätze durch eine vertiefende Anmerkung von *Dr. Torsten Obermann* zu einer Entscheidung in einem von häuslicher Gewalt „geprägten“ Sorgerechtsverfahren sowie eine große Vielzahl von Entscheidungsbesprechungen aus dem Schwerpunktbereich, deren aller Lektüre für Sie ein Gewinn sein dürfte.

Sebastian Fritzsche

Nachrichten

Kinder- und Jugendhilfe: Kabinettsentwurf für Strukturreform (1. KJHSRG)

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe in den Bundesrat eingebracht (BR-Drucksache 441/26). Ziel ist es, Leistungen für junge Menschen mit Behinderungen und ihre Familien „aus einer Hand“ zu bündeln; ein Verfahrenslotse soll Familien beim Zugang zu Teilhabeleistungen unterstützen. Weitere Bausteine sind ein neues Angebot der Bildungsassistenz an Kitas und Schulen sowie der Ausbau kommunaler Infrastruktur wie Familienzentren und Beratungsstellen anstelle teurer Einzelhilfen.

Quelle: BMBFSFJ, Gesetzgebungsvorgang „Erstes Gesetz zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe“; Bundesrat-Drucksache 441/26.

Bundesweite Qualitätsvorgaben für Kitas geplant

Mit dem Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz (SCQEG) will der Bund erstmals einheitliche Qualitätsstandards für die Kindertagesbetreuung einführen, unter anderem durch regelmäßige Entwicklungsstandserhebungen und zusätzliche Zeitressourcen für pädagogische Fachkräfte. Die konkrete Finanzierung der zusätzlichen Anforderungen ist nach Einschätzung der Freien Wohlfahrtspflege noch offen.

Quelle: BMBFSFJ, Gesetzesvorhaben SCQEG; LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz, Newsletter „Neues aus der Bundespolitik“ vom 8.9.2026.

Haushaltsbegleitgesetz 2027: Sofortzuschlag im Kinderzuschlag soll entfallen

Das Haushaltsbegleitgesetz zum Bundeshaushalt 2027 sieht unter anderem die Abschaffung des Sofortzuschlags im Kinderzuschlag vor. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat dazu eine öffentliche Anhörung angesetzt; parallel befasst sich der Bundesrat mit dem Vorhaben (BR-Drucksache 442/26).

Quelle: Deutscher Bundestag, Anhörung im Haushaltsausschuss; Bundesrat-Drucksache 442/26.

Bundesstiftung „Mutter und Kind“ erhält ab 2027 erstmals seit 1993 mehr Mittel

Mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des unborenen Lebens“ soll die gesetzliche Bundeseinlage erstmals seit 1993 steigen: auf 101 Millionen Euro ab 2027 und 105 Millionen Euro ab 2032. Die Stiftung unterstützt jährlich rund 108.000 schwangere Frauen in finanziellen Notlagen mit ergänzenden Hilfen.

Quelle: BMBFSFJ, Gesetzgebungsvorgang 5. MuKStiftÄndG.

Kindergeldreform: zweistufige Erhöhung auf rund 272 Euro bis 2028

Die vom Bundestag bereits verabschiedete Kindergelderhöhung liegt nun dem Bundesrat vor: In zwei Stufen soll das Kindergeld bis 2028 auf rund 272 Euro monatlich steigen, wirksam werden soll die erste Stufe vom 1. Januar 2027.

Quelle: Bundesrat, Textarchiv „Das erwartet den Bundesrat im zweiten Halbjahr 2026“ vom 4.9.2026.

Destatis: Eingliederungshilfen für Kinder mit seelischer Behinderung binnen zehn Jahren mehr als verdoppelt

Das Statistische Bundesamt meldet, dass die Zahl der Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII für junge Menschen mit seelischer Behinderung von rund 80.800 (2014) auf etwa 174.000 (2024) gestiegen ist – ein Plus von 115 %. Die Kosten für Minderjährige verdreifachten sich im gleichen Zeitraum von 1,1 auf 3,5 Milliarden Euro. Destatis stellt einen ausdrücklichen Bezug zur geplanten Reform der Kinder- und Jugendhilfe her; häufigste Gründe sind psychische Probleme und Entwicklungsauffälligkeiten (69 %) sowie schulische oder berufliche Probleme (53 %).

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Pressemitteilung Nr. N062 vom 9.9.2026.

Blick über die Grenze

Schweden: Vorgehen gegen illegale „falsche Familienpflegeheime“

Die schwedische Regierung hat die Aufsichtsbehörde IVO beauftragt, gemeinsam mit Polizei, Wirtschaftskriminalitätsbehörde, Finanzamt und Sozialversicherungskasse Risikoanalysen durchzuführen, um Einrichtungen zu identifizieren, die sich als reguläre Pflegefamilien ausgeben, tatsächlich aber genehmigungspflichtige, aber nicht zugelassene Heime betreiben. Hintergrund sind 2024 rund 26.300 Inobhutnahmen, davon knapp 19.000 in Pflegefamilien. Ein Zwischenbericht ist bis Juni 2027 vorgesehen.

Quelle: Regeringskansliet/Socialdepartementet, Pressemitteilung vom 3.9.2026.

Frankreich: Neue Rentenregeln für Elternschaft in Kraft getreten

Seit dem 1.9.2026 werden Erziehungszeiten bei der französischen Grundrente großzügiger angerechnet: Die für die Berechnung maßgebliche Zahl der Beitragsjahre sinkt bei einem Kind auf 24, bei zwei oder mehr Kindern auf 23 Jahre; zusätzlich können bis zu zwei Trimester je Kind auf die Anspruchsvoraussetzungen für eine vorzeitige Rente bei langer Erwerbsbiografie angerechnet werden. Die Regierung sieht darin vor allem eine Entlastung für Mütter.

Quelle: Gouvernement français, info.gouv.fr, Meldung vom 2.9.2026.

Großbritannien: Sonderausschuss des House of Lords zu häuslicher Gewalt und Kindeswohl

Der Sonderausschuss des House of Lords zur Überprüfung des Domestic Abuse Act 2021 hat die zuständigen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre aus Justiz-, Kommunal- und Bildungsministerium angehört; im Mittelpunkt stand unter anderem der Schutz von Kindern als Betroffene häuslicher Gewalt in familienrechtlichen Verfahren. Der Ausschuss soll bis zum 30. November 2026 Bericht erstatten.

Quelle: UK Parliament, Domestic Abuse Act 2021 Committee, Anhörung vom 3.9.2026.

Blick in das nächste Heft 20/2026

Bittl/Kapfelsperger	Aktuelle Diskussionen im Bereich des Unterhaltsvorschussrechts
Koch	Rechtshistorische Betrachtungen zum Kindeswohl
Keuter	Die Entwicklung des Rechts der elterlichen Sorge seit Mitte 2025
BGH	Nach räumlicher Trennung fortwirkende Härtefallgründe (Anm. Josef Bongartz)
OLG Hamm	Umgangsausschluss bei mittelbarer Kindeswohlgefährdung infolge sexuellen Missbrauchs der Stiefschwester (Anm. Greta Maria Goß)
OLG Stuttgart Peter Teubel)	Unterhaltsvollstreckung aus einem amerikanischen Scheidungsurteil (Anm. Jan Peter Teubel)
OLG Celle	Keine Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts bei Streit über Betreuungszeiten (Katrin Lack)
KG	Antragslose Zurückverweisung eines vereinfachten Unterhaltsverfahrens aufgrund erstinstanzlichen Zustellungsmangels (Martin Maaß)
OLG Karlsruhe	VKH-Wohnkostenanteil des Kindes (Gerhard Christl)
LG Münster Gietl)	Betreuervergütung und Verwertungsfrist für Immobilienvermögen (Andreas Gietl)
OVG Münster	Vertretungsbefugnis von Pflegepersonen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren (Christopher Schmidt)